

Simon Engel

**WOFÜR ICH IMMER KÄMPFEN WÜRD**



SIMON ENGEL

# WOFÜR ICH IMMER KÄMPFEN WÜRD E

Über die Freiheit und wie wir sie verteidigen

Deutsche Verlags-Anstalt

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich  
geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und  
Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.  
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

1. Auflage  
© 2026 by Deutsche Verlags-Anstalt, München  
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,  
Neumarkter Straße 28, D-81673 München  
[produktsicherheit@penguinrandomhouse.de](mailto:produktsicherheit@penguinrandomhouse.de)

Lektorat: Nina Schnackenbeck  
Umschlaggestaltung: bürosüd, München  
Umschlagmotiv: Kay Blaschke / Penguin Random House Verlagsgruppe

Simon Engel wird vertreten von der Agentur Brauer & Kern

Satz: KCFG – Medienagentur  
Druck: GGP Media GmbH  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-421-07062-3  
[www.dva.de](http://www.dva.de)

## RECHTLICHER HINWEIS

Alle in diesem Buch geäußerten Gedanken, Bewertungen und Meinungen spiegeln ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wider. Sie stellen keine offiziellen Aussagen, Positionen oder Meinungen der Bundeswehr oder anderer staatlicher Institutionen dar.

Der Autor ist Soldat der Bundeswehr und sich der damit verbundenen besonderen Verantwortung und Pflicht zur Zurückhaltung im Sinne des § 15 Abs. 1 Soldatengesetz bewusst. Dieses Buch entstand außerhalb des dienstlichen Rahmens und wurde in der Freizeit des Autors verfasst.

In diesem Buch werden keinerlei dienstliche Informationen, Verschlussachen oder interne Vorgänge offengelegt oder verwendet. Sämtliche Inhalte beruhen ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Quellen, persönlichen Überlegungen sowie individuellen Erfahrungen, die keinen Rückschluss auf vertrauliche dienstliche Abläufe, spezifische Einsätze oder geschützte Informationen zulassen. Der Autor achtet somit in jeder Hinsicht auf die Einhaltung geltender Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflichten und das Ansehen der Bundeswehr.

Dieses Werk ist ein persönlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte über Staat, Demokratie, Verantwortung und Wehrhaftigkeit in einer Welt und Gesellschaft, die sich in einem tiefgreifenden Wandel befinden – aus der Perspektive eines Staatsbürgers in Uniform.



*Für meine Kameraden  
die lebenden  
und  
die toten*



# INHALT

|                                                    |     |
|----------------------------------------------------|-----|
| Vorwort                                            | 11  |
| Der Staat – Ein persönlicher Exkurs                | 16  |
| Warum dieses Buch                                  | 26  |
| Kapitel 1 Was wir nicht zu denken wagten           | 33  |
| Kapitel 2 Worauf wir stolz sein könn(t)en          | 50  |
| Kapitel 3 Was wir nicht zu denken wagen            | 59  |
| Kapitel 4 Was wir verteidigen sollten und warum    | 78  |
| Kapitel 5 Es gibt wichtigere Dinge als mich selbst | 95  |
| Kapitel 6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt          | 112 |
| Kapitel 7 Unbequeme existenzielle Fragen           | 121 |
| Kapitel 8 Kriegsökonomie                           | 129 |
| Kapitel 9 Die Rückkehr zum Frieden                 | 140 |
| Kapitel 10 Die Ethik eines Soldaten                | 151 |
| Kapitel 11 Die Würde des Gegners                   | 156 |
| Kapitel 12 Die private Wirklichkeit des Krieges    | 167 |
| Kapitel 13 Die unauflösbare Wirklichkeit           | 177 |
| Kapitel 14 Wozu wir ein Völkerrecht brauchen       | 190 |
| Kapitel 15 Die Entscheidung, Soldat zu sein        | 199 |
| Kapitel 16 In dubio pro libertate                  | 210 |
| Kapitel 17 Politische Müdigkeit                    | 218 |
| Kapitel 18 Besser frei sterben als unfrei leben    | 229 |

|                                                        |     |
|--------------------------------------------------------|-----|
| Kapitel 19 Ein falsches Demokratieverständnis. . . . . | 241 |
| Kapitel 20 Selbstkritik . . . . .                      | 249 |
| Kapitel 21 Wofür ich immer kämpfen würde . . . . .     | 255 |
| Das, was bleibt . . . . .                              | 264 |
| Nachwort . . . . .                                     | 267 |
| Dank an meine Familie . . . . .                        | 269 |
| Endnoten . . . . .                                     | 270 |

# VORWORT

## UNIFORM AN. SCHUBLADE AUF.

Wenn ich in Uniform zwischen meinem Wohnort und meinem Dienstort mit der Deutschen Bahn hin- und herreise, stoße ich bereits im Bahnhofsbauwerk, aber spätestens im Zug auf eine breite Palette an Reaktionen. Diese Reaktionen reichen von interessierter Neugier bis hin zu stillem Unbehagen. Einige Menschen mustern mich mit offenkundigem Misstrauen, weichen meinem Blick aus oder wechseln sogar das Abteil, andere verstummen plötzlich, als hätte meine bloße Anwesenheit eine unsichtbare Grenze markiert. Es gibt Kinder und Jugendliche, die mir im Vorübergehen auf unbeholfene Weise salutieren, dabei kichern oder tuscheln, unsicher, ob sie mich respektieren oder sich über mich lustig machen sollen. Immer häufiger begegnen mir ehemalige Kameraden, die betonen, dass sie ebenfalls »bei der Truppe« waren. Manchmal scheint mir, weil sie hoffen, im Gespräch mit mir ein Gefühl von Heimat in der Fremde der Gegenwart zu finden. Manche Menschen erkundigen sich interessiert, wohin ich unterwegs sei, andere erzählen von Verwandten, die ebenfalls bei der Bundeswehr dienten oder aktuell dienen. Und einige wenige sprechen mich sehr respektvoll an und danken mir für meinen Dienst.

Offen gestanden brauche ich grundsätzlich keine Anerkennung für meinen Dienst. Ich trage meine Uniform nicht, um Anerkennung zu erhalten, sondern weil ich aus innerer Überzeugung diene und mein Beruf für mich Berufung ist. Und doch ist es berührend, manchmal sogar ermutigend, dass es in einer Gesellschaft, in der viele Menschen keinen unmittelbaren Bezug mehr zum Militär haben und in der militärische Präsenz von vielen mit Skepsis betrachtet wird, immer mehr Stimmen gibt, die offen ihre Anerkennung ausdrücken. Solche Begegnungen sind selten, aber sie zeigen, dass auch in einer postheroischen Gesellschaft<sup>1</sup> die Wertschätzung für den Dienst als Soldatin und Soldat nicht völlig verloren gegangen ist.

Bedauerlicherweise erlebe ich auch Situationen, in denen Menschen allein aufgrund meiner Uniform Annahmen über meine politische Haltung treffen. Nicht selten gehen sie davon aus, ich sei nationalistisch oder patriotisch eingestellt. Einige von ihnen suchen das Gespräch, in der Hoffnung, in mir einen Gleichgesinnten gefunden zu haben. Andere begegnen mir mit offener Ablehnung, weil sie in der Uniform einen Ausdruck von Autorität und Militarismus sehen, den sie reflexartig mit entsprechendem Gedankengut verknüpfen, in der Hoffnung, in mir einen Gegner zu finden.

In den wenigen, meist kurzen Gesprächen, die ich mit solchen Personen führen konnte, stellte sich häufig heraus, dass sie sich an den Rändern des politischen Spektrums verorten, häufig extrem rechts oder extrem links. Unabhängig von ihrer Orientierung kategorisieren mich diese Menschen sofort als Freund oder Feind, als Teil eines bestimmten Systems, ohne dass ich mich als Individuum wahrgenommen fühle.

Lange Zeit hat mich kein Mitbürger und keine Mitbürgerin,

den oder die ich beim Pendeln getroffen habe, nach meinen persönlichen Beweggründen gefragt, nach dem »Warum?« hinter meiner Entscheidung, Soldat zu sein – obwohl ich mit einigen sehr lange und teilweise auch sehr persönliche Gespräche geführt habe. Dass ich häufiger gefragt werde, ob ich verheiratet bin, ob ich Kinder habe oder welche politische Einstellung ich besitze, als danach, welche persönliche Motivation hinter meiner Berufswahl steckt, zeigt deutlich, wie ungern in unserer Gesellschaft hinterfragt wird, warum Menschen ihren Dienst bei der Bundeswehr leisten.

Ich habe das Gefühl, viele Menschen sehen lediglich die deutsche Flagge auf meiner Schulter und projizieren auf dieses kleine Stück Stoff all das, was sie mit der Bundeswehr verbinden. Sie verbinden mit der Flagge auf meiner Schulter die Schlagzeilen über Skandale und strukturelle Mängel, politische Diskussionen über das Sondervermögen oder eigene, manchmal positive, manchmal negative Erfahrungen.

Am Ende scheint all das, was sie mit dem Begriff »Bundeswehr« verbinden, in meiner Person Gestalt anzunehmen. Dann bin ich nicht mehr ein Mensch in Uniform, sondern das Sinnbild für eine Institution, über die sie längst ein Urteil gefällt haben.

Sämtliche Informationen, Meinungen und Vorurteile über die Bundeswehr existieren dabei gleichzeitig nebeneinander, und ich werde zur Projektionsfläche für ein komplexes, oft widersprüchliches Bild, das weniger mit mir als Individuum zu tun hat als vielmehr davon geprägt ist, wie mein Gegenüber die Bundeswehr im gesellschaftlichen und persönlichen Kontext wahrnimmt.

Den wenigsten ist dabei bewusst, dass ich als Soldat keine hoheitlichen Befugnisse im Inland besitze, dass ich kein Vertreter innerstaatlicher Macht im juristischen Sinne bin, sondern ein

Staatsbürger in Uniform. Ein Bürger mit denselben Grundrechten, denselben Pflichten und denselben Sorgen wie sie selbst. In diesem Moment jedoch wird mir eine symbolische Rolle zugewiesen: die Aufgabe, für die gesamte Bundeswehr zu stehen, mitsamt ihren Problemen, ihren strukturellen Schwächen, ihren moralischen Fragen und ihren Versäumnissen.

Als Individuum verschwinde ich hinter der Uniform, werde austauschbar, funktionalisiert und in eine Rolle gedrängt, die kaum Raum für meine eigene Geschichte lässt. In den zehn Jahren, in denen ich nun bereits Dienst tue, habe ich gelernt, in solchen Situationen Zurückhaltung zu wahren. Diese Zurückhaltung ist Teil meines Dienstes. Themen wie Krieg, Militär oder die Bundeswehr an sich sind in Deutschland nach wie vor heikel besetzt. Sie gelten häufig als so unangenehm oder brisant, dass ein offenes Gespräch darüber generell sehr selten stattfindet und lieber vermieden und mit spürbarem Unbehagen umgangen wird. Auch deswegen wurde ich vermutlich nicht nach meinen persönlichen Beweggründen für meine Berufswahl gefragt.

Seit einiger Zeit hat sich das geändert. Das Risiko, dass Deutschland sich selbst oder Verbündete verteidigen müssen, ist leider wahrscheinlicher geworden, und mit steigender Gefahr steigt auch die Häufigkeit der Fragen. An mich in meiner Uniform, aber auch an mich als Privatmensch, zu Hause bei meiner Familie und bei meinen Freunden. Alle wollen reden. Über die Gefahr. Über die Fähigkeiten der Bundeswehr. Und den Dienst bei der Bundeswehr.

Ich habe realisiert, dass die Zurückhaltung nur ein Teil meines Dienstes sein kann. Es ist ebenso meine Aufgabe, ehrlich und nachvollziehbar die Fragen, die mir gestellt werden, zu beantworten. Die Verantwortung gegenüber den Menschen und dieser

Gesellschaft trage ich nicht nur mit einer Waffe in der Hand. Nicht nur mein monatlicher Sold, der aus Steuergeldern bezahlt wird, sondern auch die innere Verpflichtung, die ich mit meinem Gelöbnis eingegangen bin, gebieten es mir, mich und meine Beweggründe für den Dienst an der Waffe darzustellen. Zumindest den Menschen, die Fragen an uns Soldatinnen und Soldaten haben, möchte ich differenzierte und ehrliche Antworten geben.

Statt glatte, für die Medien zugeschnittene Antworten zu formulieren, werde ich mit diesem Buch versuchen, Ihnen Antworten zu geben, als ob Sie vor mir im Zug säßen. Da mir dieses Format weitere Möglichkeiten bietet, werde ich Sie auch zwischen den Zeilen lesen lassen und einiges aus meiner Sicht begründen und erklären.

Dieses Buch ist also auch der Versuch, meine persönlichen Beweggründe darzustellen, weil ich glaube, dass es für die aktuell geführten Debatten um Wehrhaftigkeit und Wehrdienst wichtig ist, die Menschen hinter der militärischen Uniform sichtbar zu machen. Weil ich glaube, dass Verständnis nur dort wachsen kann, wo wir bereit sind, einander zuzuhören, auch jenen Menschen, über die wir schon längst ein Urteil gefällt haben.

München, den 16.04.2026

# DER STAAT - EIN PERSÖNLICHER EXKURS

Um die Haltung, die ich in diesem Buch vertrete, nachvollziehen zu können, ist es notwendig, dass ich zuallererst ein paar grundlegende Annahmen erkläre, auf denen mein gesamtes Denken über Staatlichkeit und Gesellschaft beruht.

Moderne, freiheitliche Staaten definieren sich nicht durch die permanente Ausübung von Gewalt, weder nach innen noch nach außen. Vielmehr führt die Vorstellung, Staatlichkeit sei im Kern nur dazu da, dass Gewalt legitimiert, verstetigt und schließlich ausgeübt wird, zu einer gefährlichen Verzerrung. Denn moderne Staaten zeichnen sich nicht durch Zwang aus, sondern durch ihre Fähigkeit, Ordnung, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe durch Recht, Institutionen und politische Aushandlung zu ermöglichen.

Die heutzutage leider weitverbreitete Idee, ein Staat müsse seine Autorität ständig durch Gewalt unter Beweis stellen, verkennt nicht nur das Wesen demokratischer Staatlichkeit, sondern befördert letztlich auch genau jene zersetzende Gewalt, von der ein demokratischer Staat bedroht wird. Wer die Staatlichkeit auf ihr Gewaltmonopol reduziert und diese Verkürzung zur Grundlage

seiner politischen Kritik macht, verfällt schnell einem links oder rechts geleiteten, ideologischen Wunschdenken, das die komplexe Realität, in der modernes, staatliches Handeln stattfindet und innerhalb der Gesellschaften politische Entscheidungsfindung vollziehen, ignoriert. Diese Form der Realitätsverweigerung kann, manchmal beabsichtigt und manchmal unbeabsichtigt, autoritäres Machtdenken indirekt fördern, weil sie die Grundlagen demokratischer Ordnung delegitimiert. Denn in einem solchen Diskurs stehen ideologische Reinheit und symbolischer Dialog oft höher im Kurs als gemeinsame Verantwortung und konkrete Handlungen. Ein konkretes Beispiel dafür sind Reichsbürger-Milieus: Dort wird an der ideologischen Reinheit der Überzeugung festgehalten, die Bundesrepublik sei kein legitimer Staat, und diese symbolische Selbstvergewisserung steht höher als jede reale Verantwortung für das Gemeinwesen. Anstatt sich an demokratischen Verfahren zu beteiligen oder konkrete politische Lösungen mitzutragen, verweigert man die Anerkennung staatlicher Institutionen grundsätzlich und entzieht sich damit der gemeinsamen Handlungsverantwortung.

Ein solches ideologisches Wunschdenken verzerrt die politischen Maßstäbe: Es rechtfertigt Passivität, Deeskalation und Gesprächsangebote dort, wo autoritäre Bedrohungen, gezielte Destabilisierung und systematische Menschenrechtsverletzungen eigentlich entschlossene Maßnahmen zur Gegenwehr erfordern würden. Autokraten und Despoten, die aktiv daran arbeiten, demokratische Gesellschaften von innen oder außen zu sabotieren, zu schwächen oder gar zu zerstören, werden durch diese Rechtfertigung eher unterstützt und stoßen auf zu wenig Widerstand. Weil das gesellschaftliche Verständnis von Gewalt und Wahrheit durch diese Verzerrung derart verschoben wird, fehlen dann der

politische Wille und die exekutive Fähigkeit, den tatsächlichen Gewaltausübenden Einhalt zu gebieten.

In vielen freiheitlichen Gesellschaften hat sich eine gefährliche Mischung aus bequemem Wohlstandsdenken, moralischem Wunschdenken und politischer Passivität etabliert. Bequemes Wohlstandsdenken zeigt sich darin, dass öffentliche Sicherheit, Gesundheitsversorgung und wirtschaftlicher Wohlstand als selbstverständlich betrachtet werden, ohne dass ein aktives Engagement für deren Erhalt erfolgt. Moralisches Wunschdenken äußert sich in der Illusion, internationale Konflikte könnten allein durch Dialog und gute Absichten gelöst werden, ohne die konkreten Taten und die Ignoranz zu berücksichtigen, mit denen Machtinteressen international durchgesetzt werden. Politische Passivität wird deutlich in einer sinkenden Wahlbeteiligung und der wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber politischen Prozessen und Institutionen, weil offenbar viele Menschen glauben, dass die politische Stabilität einer Gesellschaft ohne eigenes Zutun erhalten bleibt.

Zugleich wächst eine ablehnende Haltung gegenüber staatlichen Institutionen, da sie nicht nur Rechte garantieren, sondern auch Pflichten auferlegen, was von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Zumutung empfunden wird. Kapitalistisches Denken erzeugt nicht nur den Eindruck, materielle Sicherheit sei selbstverständlich, sondern auch die Illusion, individuelle Selbstgenügsamkeit reiche aus, um Freiheit dauerhaft zu sichern. Eine an sich positive Eigenschaft kann so ins Gegenteil umschlagen: Sie verführt dazu, strukturelle Abhängigkeiten und kollektive Voraussetzungen von Freiheit auszublenden. In der Konsequenz entsteht eine verzerrte Wahrnehmung sozialer Realität, in der Armut als individuelles Versagen erscheint, während Wohlstand ausschließlich als Ergebnis persönlicher Leis-

tung gedeutet wird. Weil viele Menschen tief verinnerlicht haben, dass Kapital und Geld äußere Freiheiten wie Mobilität, Konsum oder Unabhängigkeit ermöglichen, übersehen sie, dass diese äußeren Spielräume nicht mit innerer Freiheit (also geistiger Unabhängigkeit, Selbstbestimmung oder innerer Zufriedenheit) gleichzusetzen sind, und verwechseln somit materielle Möglichkeiten mit tatsächlicher Ungebundenheit und Sorglosigkeit. Dadurch hat sich die Vorstellung verbreitet, Freiheit könne durch Arbeit und Konsum gesichert werden und gesellschaftliche Stabilität sei ein dauerhafter Zustand, der keiner aktiven Partizipation bedarf und erst recht keiner Verteidigung.

Viele Menschen ruhen sich auf den vermeintlichen Selbstverständlichkeiten des Wohlstands aus und verkennen dabei, dass auch dieser auf Voraussetzungen beruht, die jederzeit wieder verloren gehen können. So geraten demokratische Gesellschaften in eine gefährliche Schieflage: Sie verlieren Stück für Stück ihre Fähigkeit zur Selbstverteidigung und Funktionalität. Sie laufen aus einer falsch verstandenen Friedfertigkeit und einem bequem gewordenen Lebensstil heraus Gefahr, sich selbst eine Handlungsunfähigkeit aufzuerlegen, an der letztendlich nicht nur ihre Sicherheit und ihr Fortbestehen scheitern könnten, sondern die Selbstwirksamkeit jedes Einzelnen leiden kann.

## EIN FRAGILES KONSTRUKT MIT KONKRETEN AUSWIRKUNGEN

Für mich ist der Staat kein abstraktes Konstrukt, kein fernes Gebilde aus Institutionen, Paragraphen und Machtstrukturen. Er ist auch kein bloßes Gewaltmonopol, das seine Bürgerinnen und

Bürger diszipliniert und im Ernstfall in den Krieg führt. Mein Verständnis vom Staat ist konkreter und zugleich widersprüchlicher. Es ist geprägt von meinem Dienst, von Begegnungen im Alltag, von historischen Zusammenhängen und von einer wachsenden Sensibilität für die Fragilität dessen, was wir oft als selbstverständlich betrachten.

Wenn ich die schwarz-rot-goldene Flagge auf meiner Schulter trage, dann symbolisiert sie für mich keine martialische Machtprojektion, sondern einen klaren Anspruch. Einen Anspruch, der sich aus der Geschichte speist und der sich jeden Tag neu bewähren muss: die Würde des Menschen zu achten, Freiheit zu schützen und demokratische Verfahren nicht nur formal aufrechtzuerhalten, sondern mit Leben zu füllen. Der Staat, dem ich diene, ist kein Selbstzweck. Er ist eine Ordnung, die darauf ausgerichtet ist, ein Zusammenleben zu ermöglichen, das Differenzen zulässt, ohne in Zersplitterung zu zerfallen, und Konflikte austrägt, ohne in Gewalt umzuschlagen.

Diese Perspektive ist nicht naiv. Sie ist das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit genau jenen Theorien, die den Staat vorwiegend als Machtinstrument begreifen. Natürlich übt der Staat Macht aus. Natürlich organisiert er Gewalt, kanalisiert sie und monopolisiert sie in bestimmten Formen. Aber diese Zuschreibungen allein sind keine Beschreibung. Sie bleiben auf einer analytischen Ebene stehen, die wichtige Aspekte ausblendet: Vertrauen, Legitimität, soziale Einbindung, moralische Orientierung.

Der Staat besteht nicht aus »Macht« im luftleeren Raum. Er besteht aus Menschen. Aus Individuen, die Entscheidungen treffen, Verantwortung tragen, Fehler machen und innerhalb von Strukturen handeln, die selbst historisch gewachsen und politisch umkämpft sind. In der Bundeswehr wird mir das täglich vor

Augen geführt. Befehle entstehen nicht aus einer anonymen Machtquelle, sondern aus konkreten Abwägungen, aus Lageeinschätzungen, aus politischen Vorgaben und aus rechtlichen Grenzen. Zwischen dem politischen Willen, der militärischen Führung und der ausführenden Ebene liegt ein komplexes Geflecht von Verantwortlichkeiten.

Gerade deshalb halte ich es für gefährlich, den Staat pauschal als repressives Instrument zu betrachten. Eine solche Sichtweise verkennt nicht nur die Komplexität moderner Demokratien, sondern untergräbt auch das Vertrauen in jene Institutionen, die letztlich die Freiheit sichern sollen. Kritik ist notwendig. Sie ist integraler Bestandteil eines funktionierenden Gemeinwesens. Aber sie muss präzise sein. Wer »den Staat« kritisiert, ohne zwischen Regierung, Verwaltung, Gesellschaft und einzelnen Akteuren zu unterscheiden, bleibt auf einer oberflächlichen Ebene und trägt wenig zur Klärung bei.

Als Soldat bin ich in einer besonderen Position. Ich gewährleiste nicht nur die äußere Sicherheit, sondern schütze indirekt auch die Bedingungen, unter denen Kritik, Widerspruch und gesellschaftliche Debatten überhaupt möglich sind.

In diesem Sinne verteidige ich nicht nur ein Territorium oder eine politische Ordnung, sondern auch einen Diskursraum. Einen Raum, in dem unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen, in dem gestritten wird, in dem Unsicherheiten ausgehalten werden müssen. Dieser Raum ist fragil. Er kann erodieren, wenn Vertrauen schwindet, wenn Polarisierung zunimmt oder wenn Institutionen ihre Legitimität verlieren.

Meine Erfahrungen im Alltag zeigen mir immer wieder, wie unterschiedlich das Verständnis vom Staat und seinen Institutionen ausgeprägt ist. Da sind die offenen, neugierigen Gespräche

mit Menschen, die sich ernsthaft dafür interessieren, was es bedeutet, Soldat zu sein. Und da sind die stereotypen Fragen, die Vorurteile und Missverständnisse widerspiegeln: die Reduktion der Bundeswehr auf Disziplinlosigkeit, auf autoritäres Denken oder auf politische Extreme.

Diese Wahrnehmungen sind nicht zufällig. Sie sind Ausdruck einer wachsenden Distanz zwischen Zivilgesellschaft und Militär. Eine Distanz, die historisch erklärbar ist, die aber in ihrer gegenwärtigen Form problematisch wird. Denn eine Parlamentsarmee ist auf Rückhalt angewiesen. Nicht im Sinne unkritischer Zustimmung, sondern im Sinne eines grundlegenden Verständnisses für ihre Funktion und ihren Auftrag.

Besonders deutlich wird mir diese Distanz in Begegnungen, die auf den ersten Blick banal erscheinen. Etwa wenn ein junger Mann im Zug überrascht ist, dass es »überhaupt noch echte Soldaten« gibt. Hinter dieser Bemerkung steht mehr als Unwissen. Sie verweist auf eine gesellschaftliche Realität, in der militärische Fragen lange Zeit aus dem Alltag verdrängt wurden. Sicherheit wurde als gegeben angenommen, als etwas, das im Hintergrund funktioniert, ohne dass man sich aktiv damit auseinandersetzen muss.

Die sogenannte »Zeitenwende« hat daran bislang nur begrenzt etwas geändert. Sie ist politisch und institutionell sichtbar geworden: in Haushaltszahlen, in Beschaffungsprogrammen, in strategischen Dokumenten. Aber in den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger ist sie noch nicht angekommen. Der Staat wird weiterhin häufig als Dienstleister wahrgenommen, nicht als etwas, das auf aktive Mitwirkung, auf Verantwortung und auf ein Mindestmaß an sicherheitspolitischem Bewusstsein angewiesen ist.

Dabei ist der Staat kein äußerer Akteur, der von oben auf die Menschen einwirkt, sondern ein Gefüge, das aus ihnen hervor-

geht und durch sie getragen wird. Wenn gesellschaftliche Spannungen zunehmen, wenn Vertrauen erodiert oder wenn politische Diskurse verflachen, dann bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf staatliche Institutionen.

Umgekehrt gilt aber auch: Der Staat hat die Aufgabe, diese Spannungen zu moderieren, Räume für Aushandlung zu schaffen und im Ernstfall Ordnung durchzusetzen. Diese Funktion ist ambivalent. Sie kann schützen, aber sie kann auch missbraucht werden. Genau deshalb sind rechtliche Begrenzungen, Gewaltenteilung und demokratische Kontrolle so zentral.

In meiner eigenen Biografie wird mir die Bedeutung dieser Zusammenhänge besonders deutlich. Die Fluchtgeschichte meiner Familie ist kein abstraktes historisches Ereignis, sondern Teil meiner Identität. Sie erinnert mich daran, dass staatliche Ordnungen zerbrechen können, dass Sicherheit nicht selbstverständlich ist und dass politische Entscheidungen konkrete Auswirkungen auf das Leben von Menschen haben.

Gleichzeitig zeigt sie mir, dass aus Krisen auch Neues entstehen kann. Dass Gesellschaften die Fähigkeit besitzen, sich neu zu organisieren, sich zu stabilisieren und neue Formen des Zusammenlebens zu entwickeln. Der Staat ist in diesem Prozess kein statisches Gebilde, sondern ein dynamisches Ergebnis kollektiver Aushandlung.

Diese Perspektive prägt auch meinen Umgang mit aktuellen Debatten über Migration, Identität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für mich ist Vielfalt kein Störfaktor, sondern eine Realität, die gestaltet werden muss. Der Staat hat hier eine doppelte Aufgabe: Er muss Rahmenbedingungen schaffen, die Integration ermöglichen, und gleichzeitig die Grundlagen des Zusammenlebens sichern.

Als Soldat erlebe ich diese Vielfalt ganz konkret. Kameraden mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen, mit verschiedenen kulturellen Prägungen und individuellen Perspektiven arbeiten zusammen, oft unter anspruchsvollen Bedingungen. Was uns verbindet, ist nicht Herkunft oder Weltanschauung, sondern ein gemeinsamer Auftrag und ein geteiltes Verantwortungsgefühl.

Diese Erfahrung steht im Kontrast zu vielen öffentlichen Debatten, die stark vereinfachend und polarisierend geführt werden. Sie zeigt, dass der Staat nicht nur eine rechtliche Verfassung ist, sondern auch ein sozialer Raum, in dem Kooperation möglich wird. Ein Raum, der Vertrauen voraussetzt und zugleich Vertrauen erzeugen kann.

Ein weiterer zentraler Aspekt meines Staatsverständnisses ist die Rolle von Gewalt. Der Staat kann Gewalt zwischen seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht verhindern. Er kann sie nur regulieren. Das Gewaltmonopol ist dabei kein Ausdruck von Willkür, sondern ein Versuch, Gewalt zu begrenzen und in kontrollierte Bahnen zu lenken. Es ist historisch gewachsen und funktional begründet, aber nicht unproblematisch.

Für mich bedeutet das, dass ich mir der Konsequenzen meines Handelns bewusst sein muss. Die Fähigkeit, Gewalt anzuwenden, ist kein Selbstzweck. Sie ist an Bedingungen geknüpft: rechtliche, ethische und politische. Diese Bedingungen sind nicht immer eindeutig. Sie müssen interpretiert, abgewogen und im Zweifel auch hinterfragt werden.

Gerade in einer Demokratie ist diese Reflexion unverzichtbar. Der Einsatz exekutiver Gewalt ist immer eine politische Entscheidung. Er muss legitimiert, begründet und kontrolliert werden. Der Soldat ist in diesem Prozess kein autonomer Akteur, sondern Teil einer Kette von Verantwortlichkeiten.

Das bedeutet, er trägt eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung lässt sich nicht vollständig delegieren oder durch Vorschriften ersetzen.

Eine funktionierende Armee kann es nur in einer funktionierenden Gesellschaft geben. Und eine funktionierende Gesellschaft zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie konfliktfrei ist, sondern dadurch, dass sie mit Konflikten umgehen kann, ohne sich selbst zu zerstören.

Der Staat ist in diesem Sinne kein Garant für Frieden. Er ist ein Instrument, um Frieden möglich zu machen. Aber dieses Instrument funktioniert nur, wenn es getragen wird – von Menschen, die bereit sind, sich mit seiner Komplexität auseinanderzusetzen und seine Ambivalenzen auszuhalten.

Ich bin bereit, diesen Staat zu verteidigen. Nicht, weil ich ihn für perfekt halte, sondern weil ich seinen Wert kenne. Einen Wert, der sich nicht in Idealen erschöpft, sondern in der konkreten Möglichkeit, ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde zu führen.

# WARUM DIESES BUCH

WIDER DAS WUNSCHDENKEN: ÜBER DIE ZUMUTUNG,  
DEMOKRAT ZU SEIN

Dieses Buch ist ein Beitrag. Ein Beitrag zu einer Debatte, die in unserer Gesellschaft geführt werden muss, aber viel zu oft auf der Stelle tritt, weil sie von Missverständnissen, vorschnellen Urteilen und moralischer Überheblichkeit geprägt ist. Es geht mir darum, mit diesem Buch einen zusätzlichen Standpunkt in die Debatte einzubringen, der aus meiner Sicht zu selten eingenommen wird. Einen persönlichen Standpunkt, aus der Sicht eines Soldaten. Nicht als Gegenrede zu zivilgesellschaftlichen Positionen, sondern als Ergänzung. Als Einladung zum Dialog auf Augenhöhe.

Ich wünsche mir, dass wir aufhören, Scheindebatten zu führen, in denen Themen wie Krieg, Frieden, Verantwortung oder Gewalt entweder beschönigt oder verteufelt werden. Ich wünsche mir, dass wir begreifen, dass echte Auseinandersetzung nicht im Empörungsmodus stattfindet, sondern durch das ehrliche Bemühen um Verständnis für die Realität, auch dann, wenn sie unbequem oder grausam ist.

In den öffentlichen Debatten begegnet Soldatinnen und Soldaten immer wieder ein Vorwurf, der nicht nur ungerecht ist, son-

dern auch in seiner Logik grundlegend verkennt, worum es beim Dienst in der Bundeswehr geht. Es ist das alte, hartnäckige Klischee: Soldaten seien per se Kriegstreiber, gewaltverherrlichende Menschen, Freunde des Konflikts. Ich möchte diesem Vorwurf an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit entgegentreten, nicht nur für mich, sondern für alle Soldatinnen und Soldaten, die im Rahmen des Völkerrechts ihren Dienst tun. Sie sind keine Menschen, die Krieg suchen oder Gewalt verherrlichen.

Einer Soldatin oder einem Soldaten vorzuwerfen, sie oder er sei ein Kriegstreiber, ist in etwa so, als würde man einem Feuerwehrmann unterstellen, er würde zündeln und Brände legen, um das Feuer dann löschen zu können, oder einer Ärztin zu unterstellen, sie versuche ihre Patienten krank zu machen, um sie dann wieder heilen zu können. Wer sich für den Beruf des Soldaten entscheidet, tut das, entgegen vielen landläufigen Meinungen, nicht, weil er sich nach Gewalt sehnt, sondern weil er bereit ist, sich ihr im äußersten Fall zu stellen, um andere und sich selbst vor ihr zu schützen.

Soldaten sind keine Menschen, die leichtfertig mit dem Gedanken an Krieg umgehen. Ganz im Gegenteil: Wir wissen besser als viele andere, was es bedeutet, wenn Worte nicht mehr ausreichen, wenn politische, diplomatische und gesellschaftliche Mechanismen versagen und Gewalt zur letzten Option wird. Wir wissen durch unseren Dienst und unsere Ausbildung um die Folgen, um die körperlichen und die seelischen Wunden, um das Leid, das nicht nur Gegner trifft, sondern auch die eigenen Reihen, die Zivilbevölkerung, Familien, ganze Gesellschaften und uns selbst.

Gerade deshalb tragen wir eine besondere Verantwortung. Eine Verantwortung, die nicht ausschließlich auf Macht oder Gehorsam gründet, sondern vielmehr auf Reflexion, auf Gewis-

sen und auf der tiefen Erkenntnis, dass Gewalt niemals leichtfertig oder unbedacht angewendet werden darf. Diese Verantwortung formt uns. Nicht zu Fanatikern, nicht zu Feinden des Friedens, sondern zu Verteidigern einer freiheitlichen Ordnung, die diesen Frieden ermöglichen soll. Es ist ein Dienst, der nicht gefeiert, sondern verstanden werden will.

Wer verstehen will, muss bereit sein, Fragen zu stellen, und ebenso bereit sein, Antworten zu erhalten. Deshalb ist es begrüßenswert, dass mittlerweile so viele Fragen an Soldaten gestellt werden. Und es werden viele Fragen an uns gestellt. Manche davon sind einfach zu beantworten, sachlich, nüchtern, routiniert. Anderen Fragen hingegen ist schwerer zu begegnen, sie fordern uns heraus, berühren etwas Tieferes.

Dieses Buch ist der Versuch einer Antwort. Eine Antwort auf die Frage: Warum muss eine Demokratie meiner Meinung nach wehrhaft sein und was bedeutet das konkret für jeden Einzelnen? Welche Gedanken, Zweifel, Hoffnungen oder auch Befürchtungen bewegen mich als einen derjenigen Menschen, die im Ernstfall handeln müssen, während andere noch diskutieren oder schon fliehen?

Ich erhebe dabei nicht den Anspruch, für »die Bundeswehr« oder »die Soldaten« zu sprechen. Ich spreche als Mensch, als Staatsbürger in Uniform, als jemand, der seinen Dienst an der Gesellschaft aus Überzeugung leistet. Ich bin mir bewusst, dass meine Sichtweise subjektiv ist. Ich bin weder repräsentativ für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, noch bin ich repräsentativ für die Mehrheit meiner Generation. Vielleicht bin ich nicht einmal repräsentativ für den Großteil meiner Kameradinnen und Kameraden. Aber ich kann erzählen, was mich bewegt. Ich kann schildern, welche Gedanken ich mit anderen Soldaten teile, in den